FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND

10 Oktober 2007, Seite 30

Agenda

Wenn es ernst wird

Es ist das Mindeste, den Bundeswehreinsatz in Afghanistan zu verlängern. Tatsächlich nötig wäre eine Verstärkung des Militärengagements

Von Timo Noetzel

D er Bundestag entscheidet am Freitag, ob die Bundeswehr ein weiteres Jahr Teil der Nato-Unterstützungsmission Isaf in Afghanistan bleibt. Abgestimmt wird über ein zusammengelegtes Mandat für die Isaf-Mission am Boden und für den Einsatz der Tornado-Aufklärungsflugzeuge in der Luft. Eine deutliche Mehrheit ist wahrscheinlich.

Gemessen am Verlauf der innerdeutschen Debatte der vergangenen Monate ist das nicht wenig. Gemessen an der Erwartungshaltung der Verbündeten und an der Einsatzrealität in Afghanistan ist es das Mindeste.

Durch die Zusammenlegung der Mandate wird es möglich, mehr Truppen zu entsenden. Diese werden auch dringend benötigt, denn der von den Taliban angeführte Aufstand breitet sich zunehmend auch im deutschen Verantwortungsbereich im Norden Afghanistans aus: In den Randregionen Farjab und Badachschan versuchen bewaffnete Gruppen, Fuß zu fassen. Die Isaf-Soldaten können dort aufgrund des Mangels an verfügbaren Kräften kaum die Bevölkerung schützen. In den größeren Städten, in Faisabad, Kundus und Masar-i-Scharif, bilden sich terroristische Zellen. Zuletzt sind auch die Isaf-Truppen im Norden Ziel von Selbstmordattentaten, Raketenangriffen, Autobomben und Sprengfallen geworden. Zunehmend wird die Bundeswehr in einen Konflikt hineingezogen, den sie versucht hat, sich vom Hals zu halten.

In Afghanistan herrscht südlich des Hindukusch bereits Krieg. Isaf-Offiziere in Kabul sprechen davon, dass das Umland der Hauptstadt von den Taliban beherrscht wird. Britische Offiziere räumen ein, dass bis zu 80 Prozent ihres Verantwortungsbereichs im Süden nicht mehr unter Kontrolle der Isaf-Truppen sind. Rückblickend muss man feststellen, dass die zu geringen Anstrengungen zum Wiederaufbau seitens der internationalen Staatengemeinschaft den Nährboden für den seit 2005 erstarkten Widerstand von Taliban und al-Kaida bilden.

Unter diesen Bedingungen hat Großbritannien seinen angekündigten Truppenabzug aus dem Irak mit einer deutlichen Aufstockung seines Kontingents in Afghanistan verknüpft. Frankreich hat unter Präsident Nicolas Sarkozy einen Kurswechsel in seiner Afghanistanpolitik vollzogen und Mirage-Kampfflugzeuge nach Kandahar verlegt. Zudem bleibt die französische Battle Group in Kabul im Einsatz. Dagegen haben sich die Italiener und Spanier im Westen und das türkische Militär in Kabul in ihre Stützpunkte zurückgezogen. Vor diesem Hintergrund wird die Entscheidung über den weiteren Bundeswehreinsatz zur Richtungsentscheidung.

Mit einer Verstärkung des militärischen Engagements würde Berlin nicht nur seinen Gestaltungsanspruch in der internationalen Politik untermauern, sondern auch der Sicherheitslage in Afghanistan entsprechend handeln - und es würde ein deutliches Signal an die Isaf-Nationen senden, bei denen der Einsatz ebenso umstritten ist. Kanada könnte 2009 das erste Land sein, das seine Soldaten abzieht. Auch die Niederlande und Australien haben klargemacht, dass sie nur in Afghanistan bleiben, wenn andere Nationen ihr Engagement verstärken.

Heute schon über ein Ende des Einsatzes zu diskutieren hieße dagegen, einen Dominoeffekt innerhalb der Nato-Mitgliedsstaaten zu riskieren. Die afghanisch-pakistanische Grenzregion bildet schon wieder die regionale Basis des internationalen Terrorismus. In absehbarer Zeit abzuziehen würde bedeuten, den Taliban und al-Kaida das Feld zu überlassen.

Die notwendige Verstärkung des deutschen Militärengagements steht nicht im Widerspruch zur Position Berlins, dass der Krieg mit militärischen Mitteln nicht zu gewinnen ist. Der Aufbau von afghanischen Sicherheitskräften ist aber unmöglich ohne den Einsatz der Bundeswehr.

Der in den vergangenen Jahren zögerliche, unkoordinierte und unterfinanzierte Versuch, das staatliche Gewaltmonopol in Afghanistan wiederherzustellen, rächt sich jetzt. Und die von Deutschland zu verantwortende Polizeiausbildung ist einer der größten Schwachpunkte des Isaf-Einsatzes. Wenn man bei der Polizeiausbildung wirkliche Fortschritte machen will, müssen hier verstärkt die Feldjäger der Bundeswehr zum Einsatz kommen. Etwas besser ist das Bild bei der Militärausbildung. Jedoch wird das afghanische Militär, die ANA, auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, eigenständig zu operieren. Wer mehr Militärausbildung fordert, muss sich im Klaren darüber sein, dass das auch gemeinsame Kampfeinsätze mit der ANA bedeutet.

Die Führung der Bundeswehr sollte die durch die Zusammenlegung der Mandate frei werdenden Handlungsoptionen nutzen und das deutsche Einsatzkontingent Isaf von derzeit 2900 auf 3500 Mann erhöhen. Diese zusätzlichen Kräfte sollten schwerpunktmäßig in der Militär- und Polizeiausbildung eingesetzt werden.

Neben der Stärkung des deutschen Militärengagements ist aber auch eine grundsätzliche Debatte über den Einsatz nötig. Wann kann man überhaupt von einem Erfolg der Mission sprechen, und welche Ressourcen müssen dafür eingesetzt werden?

Derzeit wird oft ein "Strategiewechsel" gefordert. Dafür muss man aber erst einmal eine Strategie haben.

Timo Noetzel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

(c) 2007 - All rights reserved. Copyright Financial Times Deutschland, Hamburg.